

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Siebzehnte Tagung der Konferenz am 28. September 2021 in Ljubljana

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2. Einführung	2
3. Verlauf der Tagung	2
3.1 Eröffnung der Konferenz	2
3.2 Sitzung I: Den Weg aus der Corona-Krise finanzieren – Neue Eigenmittel: Ist der Vorschlag für eine Digitalabgabe die Lösung, nach der wir alle suchen?	3
3.3 Sitzung II: Neue Chancen und Risiken durch die wirtschaftliche Erholung und Erneuerung in der EU für die effektive Lenkung der Mittel bei der Umsetzung von <i>Next Generation EU</i>	4

1. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der siebzehnten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU), amtierender Delegationsleiter,

Abgeordneter **Christian Petry** (SPD),

Abgeordneter **Peter Boehringer** (AfD)

Abgeordneter **Michael Theurer** (FDP) sowie

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

2. Einführung

Gemäß ihrer Geschäftsordnung soll die Konferenz einen Rahmen für Debatten sowie den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion vom 2. März 2012 (Fiskalvertrag) bieten. Darin verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen aufzunehmen, vorzugsweise auf Verfassungsebene. Zur Stärkung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) ist in Artikel 13 des Vertrages die Gründung einer regelmäßigen Konferenz festgelegt. Zudem soll die Konferenz dazu beitragen, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. So befasst sich die Konferenz regelmäßig mit Fragen der Haushaltskonsolidierung, mit Strukturreformen, mit der Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion einschließlich ihrer sozialen Dimension und der Bankenunion sowie mit Steuerfragen.

Die Konferenz findet zweimal pro Jahr statt. Die Tagungen im ersten Halbjahr sind in die Europäische Parlamentarische Woche des Europäischen Parlaments in Brüssel eingebettet, während die Herbsttagungen jeweils in demjenigen Land veranstaltet werden, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasste in der 19. Wahlperiode neun Abgeordnete. Angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz handelte es sich um Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Leiter der Delegation war der Abgeordnete Dr. André Berghegger (CDU/CSU).

3. Verlauf der Tagung

Die siebzehnte Tagung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU fand am 28. Oktober 2021 unter dem Vorsitz der slowenischen Staatsversammlung statt. An der Konferenz, die pandemiebedingt als Videokonferenz abgehalten wurde, nahmen insgesamt 109 Delegierte teil. Neben den Abgeordneten aus den Parlamenten der 25 Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments waren auch Vertreter der Parlamente der Beitrittskandidaten Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei sowie des norwegischen Parlaments zugeschaltet.

Unter der Leitung der Vorsitzenden des Finanzausschusses sowie des Wirtschaftsausschusses der slowenischen Staatsversammlung, **Robert Polnar** und **Mateja Udovč**, fanden Beratungen zu zwei Themenkomplexen statt. In der ersten Sitzung debattierten die Delegierten über die vorliegenden und geplanten Vorschläge für neue Eigenmittel zur Finanzierung des EU-Haushalts, während sich die zweite Sitzung mit der effektiven Umsetzung des Programms *Next Generation EU* befasste. Die Impulsreferate zu beiden Sitzungen hielten unter anderem der Finanzminister der Republik Slowenien, **Andrej Šircelj**, die Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung in Europäischen Parlament, **Irene Tinagli**, sowie der für Wirtschaft zuständige EU-Kommissar **Paolo Gentiloni**.

3.1 Eröffnung der Konferenz

Der Präsident der slowenischen Staatsversammlung, **Igor Zorčič**, bezeichnete in seinem Eröffnungsbeitrag die Digitalisierung als eine gute Chance, den aktuellen Herausforderungen in der EU zu begegnen. Digitale Lösungen hätten nicht nur die interparlamentarische Zusammenarbeit in Zeiten der Coronapandemie ermöglicht, sie könnten

auch einen wichtigen Baustein beim Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft bilden und damit zur Erreichung der Ziele des *Green Deal* beitragen.

In seinem Grußwort rief **Paschal Donohoe**, Präsident der Eurogruppe, dazu auf, trotz der positiven Wachstumsaussichten für die EU weiter an der Bekämpfung der Krisenfolgen zu arbeiten. Die Gelder aus der europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität könnten die Unterschiede ausgleichen, mit der die Mitgliedstaaten von der Pandemie und ihren Auswirkungen betroffen seien. Darüber hinaus müssten die nötigen Reformen in Angriff genommen werden. Zur Finanzierung der Fazilität werde die Europäische Kommission im Oktober 2021 erstmals grüne Anleihen ausgeben. Eine weitere bedeutende Einnahmequelle für den EU-Haushalt seien die angedachten neuen Eigenmittel.

3.2 Sitzung I: Den Weg aus der Corona-Krise finanzieren – Neue Eigenmittel: Ist der Vorschlag für eine Digitalabgabe die Lösung, nach der wir alle suchen?

In seinem Impulsreferat erinnerte der slowenische Finanzminister **Andrej Šircelj** daran, wie schnell und effektiv die Europäische Kommission im Gegensatz zu früheren Krisen mit dem Instrument *Next Generation EU* reagiert habe. Zur Finanzierung dieses Instruments seien nun neue Eigenmittel essentiell und mit dem CO₂-Grenzausgleich oder der Digitalabgabe lägen vielversprechende Vorschläge vor. Letztere dürfe sich auf keinen Fall negativ auf die Digitalisierung oder die Digitalwirtschaft auswirken. Er favorisiere daher die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OECD) ausgearbeitete weltweite Mindestbesteuerung. Alle neuen Abgaben müssten den Grundsätzen der Transparenz, Einfachheit und Fairness sowie einer fairen Lastenverteilung entsprechen. **José Manuel Fernandes**, zuständiger Berichterstatter im Europäischen Parlament, erläuterte in seinem Beitrag das Interesse der EU, nicht allein von den nationalen Beiträgen der Mitgliedstaaten für Haushalt abhängig zu sein. Vor allem wegen der Finanzierung von *Next Generation EU* durch Anleihen seien neue Eigenmittel, die die Rückzahlung dieser Anleihen für die komplette Laufzeit garantierten, von großer Bedeutung. Umso ärgerlicher sei es, dass die Europäische Kommission das erwartete Eigenmittelpaket später als ursprünglich geplant vorlegen werde. Im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt sei ein gut ausgestatteter EU-Haushalt im Interesse aller Mitgliedstaaten. Dies sollten die Delegierten bei der Ratifizierung der Eigenmittel berücksichtigen.

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, erläuterte in seiner Videobotschaft an die Delegierten die Gründe für die Verschiebung des Eigenmittelpakets auf die zweite Jahreshälfte 2021. Diese liege darin begründet, dass die Europäische Kommission auf den für Oktober 2021 erwarteten Abschluss des Abkommens der OECD und der G20 zur globalen Mindestbesteuerung warte. Derzeit arbeite die Kommission noch an den Einzelheiten zur Ausgestaltung der neuen Eigenmittel. Mit Hilfe des EU-Haushalts werde eine nachhaltige und resiliente Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger der EU geschaffen, in der der grüne Wandel zum Nutzen aller vollzogen werden könne. Zudem wies er auf die wichtige Rolle der nationalen Abgeordneten bei der Umsetzung von *Next Generation EU* hin. **Robert Polnar**, Vorsitzender des Finanzausschusses der slowenischen Staatsversammlung und Leiter der Sitzung, blickte kritisch auf die bisherigen Bemühungen der EU zur Einführung einer Digitalsteuer. Bislang sei es nicht gelungen, die Steuervermeidung durch weltweit tätige Digitalkonzerne zu vermeiden, die durch ihre Struktur ausschließlich in Niedrigsteuerländer besteuert würden. Auf der anderen Seite müsse eine Doppelbesteuerung vermieden werden. In einer echten Fiskalunion solle auch bei der nationalen Steuergestaltung zusammengearbeitet werden.

Die wortnehmenden Abgeordneten zeigten sich in der anschließenden Diskussion grundsätzlich bereit, die Europäische Kommission bei der Einführung neuer Eigenmittel zu unterstützen, äußerten aber auch Bedenken, dass neue Eigenmittel wie eine europäische Digitalabgabe die Wettbewerbsfähigkeit in der EU belasten könne. So forderte der Abgeordnete **Marios Mavrides** (Zypern) die Europäische Kommission dazu auf, die möglichen Auswirkungen einer Digitalsteuer im Vorfeld eingehend zu prüfen. Länder wie Zypern wären auf die Ansiedlung von großen internationalen Konzernen angewiesen und dürften durch eine solche Steuer nicht benachteiligt werden. MdEP **Elisabetta Gualmini** (S&D) wies darauf hin, dass die neuen Eigenmittel nicht nur der Finanzierung des Instruments *Next Generation EU* dienten, sondern auch die fiskalische Autonomie der EU erhöhten. Damit werde auch die Rolle des Europäischen Parlaments aufgewertet. Auf einen weiteren Vorteil von EU-weiten Steuern machte der Abgeordnete **Kai Jan Krainer** (Österreich) aufmerksam. Eine Besteuerung von Flugbenzin, Finanztransaktionen oder Digitalunternehmen könne auf der nationalen Ebene nicht funktionieren und müsse zwangsläufig europäisch geregelt werden. Dann könne unter Umständen auch die steuerliche Belastung in den einzelnen Mitgliedstaaten sinken.

Auch MdEP **Ludek Niedermayer** (EVP) strich heraus, dass die geplanten neuen Eigenmittel nicht nur für eine bessere Finanzierung des EU-Haushalts sorgen würden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärken könne. Die Mitgliedstaaten sollten sich schnell zum Eigenmittelpaket einigen, um Verluste für

die nationalen und den europäischen Haushalt durch Steuervermeidung und Steuerflucht einzudämmen. Die Abgeordnete **Eva Lindh** (Schweden) erklärte, dass sie sich durch eine Digitalabgabe eine stärkere und gerechtere Gesellschaft erhoffe. Die sozialen Ungleichheiten, die sich während der Coronapandemie noch vertieft hätten, müssten dringend ausgeglichen werden. MdEP **Claude Gruffat** (Grüne/EFA) betonte, dass die neuen Abgaben, die derzeit diskutiert würden, mehrfache Effekte hätten. Eine Besteuerung von Kerosin beispielsweise fördere den grünen Wandel, während eine Finanztransaktionssteuer zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen könne. Aus diesem Grunde sei es sehr erfreulich, dass sich das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten bereits auf einen Fahrplan für das Eigenmittelpaket geeinigt hätten. Die Entscheidung der Europäischen Kommission, die Vorschläge für neue Eigenmittel erst nach Abschluss des OECD-Abkommens zu einer globalen Mindestbesteuerung vorzulegen, stellte der Abgeordnete **Jorge Paulo Oliveira** (Portugal) in Frage. Da sowohl in den Mitgliedstaaten als auch bei den europäischen Institutionen Einigkeit über die Dringlichkeit und den Nutzen einer Digitalabgabe herrsche, sollte die entsprechende europäische Initiative so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden.

3.3. Sitzung II: Neue Chancen und Risiken durch die wirtschaftliche Erholung und Erneuerung in der EU für die effektive Lenkung der Mittel bei der Umsetzung von *Next Generation EU*

In seinem Beitrag betonte der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftsentwicklung und Technologie der Republik Slowenien, **Simon Zajc**, die Bedeutung der effektiven Umsetzung der beschlossenen Wiederaufbau- und Resilienzpläne bei der Implementierung von *Next Generation EU*. Der verantwortungsvolle Umgang mit EU-Mitteln erfordere eine transparente Berichterstattung der Mitgliedstaaten über die Ziele und den Einsatz der Gelder. Dabei solle aber genau darauf geachtet werden, dass die zuständigen Verwaltungen nicht zusätzlich belastet würden. Eine besondere Rolle bei der Kontrolle der Umsetzung der Wiederaufbau- und Resilienzpläne käme auch der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die ambitionierten Ziele von *Next Generation EU* nicht nur die europäische Wettbewerbsfähigkeit sondern auch den europäischen Zusammenhalt steigern könne. **Irene Tinagli**, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, bezeichnete in ihrem Impulsreferat die Verhandlungen zum Programm *Next Generation EU* als wichtigen Test für die Demokratie in Europa. Das Europäische Parlament sei besonders eingebunden gewesen und habe wichtige Änderungen einbringen können. Eine Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments kontrolliere zudem die Mittelverwendung durch die Europäische Kommission. Sie rief die Mitgliedstaaten dazu auf, die Gelegenheit für Strukturreformen zu nutzen, denen eine Schlüsselrolle bei der Erreichung grüner und digitaler Ziele zukämen.

Der EU-Kommissar für Wirtschaft, **Paolo Gentiloni**, zeigte sich optimistisch, dass die Volkswirtschaften in der EU auf Wachstumskurs seien. Dennoch müssten kritische Punkte wie die immer noch geringen Beschäftigungsquoten und die steigende Inflationsrate in der EU, die vor allem durch steigende Energiepreise befeuert werde, beobachtet werden. Mit den Mitteln aus *Next Generation EU* könnten aus seiner Sicht die unterschiedlichen Geschwindigkeiten der wirtschaftlichen Erholung in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgeglichen werden. Er regte an, auch die nationalen Parlamente und die regionale Ebene bei der Umsetzung der Wiederaufbau- und Resilienzpläne einzubeziehen. Nur mit gemeinsamer Anstrengung könne *Next Generation EU* ein Erfolg werden. Die Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der slowenischen Staatsversammlung, **Mateja Udovč**, die auch die Leitung der zweiten Sitzung innehatte, wies auf die Bedeutung von Strukturreformen zur Stärkung der europäischen Wirtschaft nach der Krise hin. Ihrer Meinung nach könne eine höhere wirtschaftliche Resilienz eine höhere gesellschaftlichen Resilienz zur Folge haben. *Next Generation EU* biete eine Chance für viele Sektoren, besonders müssten aber Unternehmen mit einem grünen Geschäftsmodell gefördert werden. Hier stehe besonders der Tourismussektor im Fokus, der für die Wirtschaft in ihrem Heimatland Slowenien eine wichtige Rolle spiele.

In der anschließenden Diskussion sahen einige Delegierte das Programm *Next Generation EU* und seine Umsetzung durchaus kritisch. MdB. **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) betonte, dass eine gemeinsame Schuldenhaftung nicht nur gegen die Prinzipien des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstoße, sondern auch zu weniger Zusammenhalt in der EU führen könne. Durch *Next Generation EU* würden zukünftige Generationen belastet werden, zumal die Europäische Kommission kaum Erfahrung mit der Kontrolle eines solchen Programmes habe. Aus seiner Sicht wäre die Europäische Investitionsbank besser zur Durchführung des Programms geeignet gewesen. Umso wichtiger sei die Überwachung der Verteilung der Mittel durch die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament. Bessere Kontrollmöglichkeiten begrüßte auch MdEP **Dragoș Pișlaru** (Renew). Mit der schnellen Einigung auf die Wiederaufbau- und Resilienzfazilität sei viel erreicht worden. Um die demokratische Rechenschaftspflicht zu erfüllen, sei eine enge Überwachung der Verwendung der Mittel durch das Europäische

Parlament vorgesehen. Nur durch eine gelungene Umsetzung des Programms könne der grüne und digitale Wandel gelingen und größerer Zusammenhalt in der EU erreicht werden. Der Abgeordnete **Andrej Černigoj** (Slowenien) wies darauf hin, dass viele junge Menschen in den Zielen des *Green Deals* eine Verbesserung ihres Lebens sähen. Mit *Next Generation EU* könne die Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft gelingen, die Belastung der künftigen Generationen müsse jedoch so gering wie möglich gehalten werden.

Der Abgeordnete **Johannes Koskinen** (Finnland) erinnerte daran, dass die gemeinsame Haftung für Schulden nur befristet sei und nach wie vor jeder Mitgliedstaat für seine eigene Haushaltsverschuldung verantwortlich sei. Damit keine asymmetrische Transferunion entstehe, müssten die Anforderungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt an die nationale Fiskalpolitik beachtet werden. Zudem müssten für das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes alle Mitgliedstaaten das Rechtsstaatsprinzip einhalten. Eine festgeschriebene Quote für soziale Bereiche in *Next Generation EU* vermisste MdEP **Agnes Jongerius** (S&D). Im Programm hätten soziale Ziele klar definiert und entsprechende Überwachungsmechanismen aufgeführt werden müssen. Eine stärkere Orientierung von *Next Generation EU* an die Europäische Säule sozialer Rechte wünschte sich ebenfalls die Abgeordnete **Cristina Mendes da Silva** (Portugal). Die Mittel müssten in Armutsbekämpfung, Bildung und Frauenförderung investiert werden, um höhere Beschäftigungsquoten bei den durch die Pandemie besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. MdEP **Alexandra Geese** (Grüne/EFA) bezeichnete *Next Generation EU* als starkes Instrument zur Erreichung der Klimaziele, die im Abkommen von Paris vereinbart wurden. Ein Schwachpunkt sei allerdings die Überwachung der Umsetzung des Programms, da nur überprüft würde, wohin die Mittel flössen, aber nicht, welches Ergebnis damit erzielt werde. Dennoch seien die Kontrollmöglichkeiten des Europäischen Parlaments bei der Ausführung von *Next Generation EU* besser als bei den anderen Fonds, da es eine regelmäßige Berichterstattung durch die Europäische Kommission gebe.

Berlin, den 3. Dezember 2021

Dr. h. c. Hans Michelbach
Delegationsleiter

